



Rainer Arnold

Mitglied des Bundestages
Verteidigungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

pm Nr. 49-08

23.12.08

„Investitionen von 50 Milliarden anstoßen“

Rainer Arnold setzt auf mehr Anreize für Investitionen und private Kaufkraft gegen Konjunkturschwäche

NÜRTINGEN/KIRCHHEIM(pm). Nach vier starken Wachstumsjahren drücken die Finanzkrise und die Entwicklung der Weltwirtschaft die Konjunkturaussichten in Deutschland. Nach den Worten des Nürtinger Bundestagsabgeordneten Rainer Arnold (SPD) müsse nun alles getan werden, diese Konjunkturschwäche rasch zu überwinden, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Die Bundesregierung setzt auf mehr Anreize für Investitionen und private Kaufkraft. „Hier sind wir auf dem richtigen Weg“, sagt Arnold.

Die beschlossenen Maßnahmen der Bundesregierung schaffen, so Rainer Arnold, eine Perspektive für eine rasche Überwindung der Konjunkturschwäche. In den nächsten beiden Jahren würden Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten



Rainer Arnold MdB

Haushalten und Kommunen in Höhe von rund 50 Milliarden Euro angestoßen. Dies geschehe unter anderem durch vorübergehend bessere Abschreibungsmöglichkeiten, zusätzlichen Mittel für das CO2-Gebäudesanierungs- und für Infrastrukturprogramme. Zudem werden zwei Milliarden Euro zusätzlich für dringliche Verkehrsinvestitionen bereitgestellt. „Insgesamt stellen die öffentlichen Haushalte bis 2010 über 30 Milliarden Euro zusätzlich bereit, um eine Konjunkturschwäche besser abzufedern“, sagt Arnold.

Die 2009 kommende Kindergelderhöhung und Anhebung des Wohngeldes sowie die erneute Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8 Prozent helfe besonders den unteren und mittleren Einkommensschichten und stärke so die Binnennachfrage. Zur Sicherung der Beschäftigung setze die Bundesregierung auf mehrere Säulen: Beispielsweise werde das Weiterbildungsprogramm für ältere und gering qualifizierte Arbeitnehmer flächendeckend ausgebaut. 1000 zusätzliche Vermittler in den Arbeitsagenturen sollen die Job-to-Job Vermittlung stärker unterstützen. Ferner wird die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld verlängert, um drohende Arbeitslosigkeit besser zu überbrücken.

Rainer Arnold sieht die Bundesregierung mit den beschlossenen Maßnahmen auf dem richtigen Weg. Dagegen seien Steuersenkungen, wie von der FDP und Teilen der Union wiederholt gefordert, kein hilfreiches Mittel gegen eine drohende Rezession. „Natürlich sind Steuersenkungen immer populär. Doch wir sollten nicht so tun, als ob



Rainer Arnold MdB

wir damit eine Rezession verhindern könnten“, sagt Arnold. Die letzte große Einkommensteuerreform senkte die Abgaben privater Haushalte und Unternehmen seit 2000 jährlich um 32 Milliarden Euro, änderte aber nichts daran, dass die Wirtschaft danach in eine Rezession rutschte. Jetzt trüben sich die Konjunkturaussichten nach vier Wachstumsjahren wieder ein, doch allgemeine Steuersenkungen seien nicht die richtige Antwort darauf, ist Arnold überzeugt. Nur die Hälfte der privaten Haushalte in Deutschland sei überhaupt einkommensteuerpflichtig, wovon wiederum die unteren 50 Prozent nur für 6,3 Prozent der Einkommenssteuereinkünfte aufkommen. „Im Klartext. Steuersenkungen kommen bei den meisten Menschen überhaupt nicht an. Die Massenkaukraft werde nicht gestärkt, stattdessen entlasten wir diejenigen, die heute schon viel haben“, so Arnold.

Deutlich machte Arnold dies noch an einem anderen Zahlenbeispiel. Bei Monatseinkommen über 3000 Euro, also in Haushalten bei denen durch Steuererleichterungen die größten Spielräume erschlossen werden können, liege die Sparquote schon jetzt bei etwa 23 Prozent. „Zusätzliche Nettoeinkünfte durch weniger Steuern kommen da nur den Rücklagen zugute, gehen aber nicht in den Konsum“, sagt er. Der Preis für eine Steuersenkung, die nur bei wenigen Bürgern ankäme, wäre stattdessen eine höhere Staatsverschuldung, dessen Folgen alle Bürger zu tragen hätten.